

GROSSER RAT

GR.20.46

VORSTOSS

Interpellation René Bodmer, SVP, Unterlunkhofen, vom 3. März 2020 betreffend Entwicklung am ersten Arbeitsmarkt infolge der Zuwanderung von Erwerbstätigen aus dem Ausland

Text und Begründung:

Mit vorliegender Interpellation wird der Regierungsrat eingeladen, über die Situation am ersten Arbeitsmarkt, infolge der Zuwanderung von Erwerbstätigen aus dem Ausland in den Kanton Aargau Auskunft zu geben.

Es bestätigt sich zunehmend, dass immer mehr zugewanderte Erwerbstätige in Berufen arbeiten, bei welchen kein Mangel an ausgebildeten Personen herrscht. Dadurch entsteht ein erhöhter Druck auf Personen, welche bereits seit längerer Zeit in der Schweiz leben oder hier geboren und aufgewachsen sind und in der Schweiz / dem Kanton Aargau ausgebildet wurden.

In der breiten Bevölkerung verstärkt sich der Eindruck, dass sich mit dieser Tendenz der Verdrängungswettbewerb im ersten Arbeitsmarkt weiter zuspitzt und sich der Druck besonders auf die Gruppe der über 50-jährigen Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer massiv erhöht. Gerade diese Gruppierung aber ist bei einer Entlassung gefährdet in die Langzeitarbeitslosigkeit zu geraten und nach der Aussteuerung von der materiellen Hilfe abhängig zu werden. Dass dies auch einen signifikanten Einfluss auf den Finanzhaushalt der Aargauer Gemeinden hat ist selbstredend.

Um der Öffentlichkeit einen Überblick über die Situation im Kanton Aargau zu geben, wird der Regierungsrat gebeten auf folgende Fragen zu antworten:

1. Wie hoch liegt der Anteil Zugewanderter an den Erwerbstätigen im Kanton Aargau, gegliedert nach Nationalität über die letzten sechs Jahre?
2. Wie hoch liegt im Kanton Aargau der Deckungsgrad des sogenannten Fachkräftemangels durch Zuwanderer, gegliedert nach EU-Ländern und Drittstaaten über die letzten sechs Jahre?
3. Besteht zu Frage 2 eine Statistik, welche den Deckungsgrad der übrigen Deutschschweizer Kantone aufzeigt? Falls Ja, ist die Situation des Kantons Aargau über die letzten sechs Jahre im Vergleich zu den übrigen Deutschschweizer Kantonen auszuweisen.
4. Es ist aufzuzeigen in welchen Branchen seit der Meldepflicht wie viele vakante Stellen gemeldet sind und wie viele Inländerinnen / Inländer in diesen Branchen eine Stelle suchen. Zudem ist parallel dazu aufzuzeigen in welche Branchen die reale Zuwanderung stattfindet.

Mitunterzeichnet von 21 Ratsmitgliedern